

# Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Dienstag, 18. April 1989

Nr. 75 (5 953)

Preis 3 Kopeken

## Straffung von Disziplin und Rechtsordnung wird Demokratie und Offenheit schützen helfen

Die Umgestaltung, die Demokratisierung, die Offenheit — diese auf neue Art aufgelassen und mit wahrem revolutionärem Inhalt erfüllten Begriffe, drängen schicksalbestimmend in unser Leben ein, wecken im Volke Ängste, Lichte, erweitern unseren Gesichtskreis, ändern entscheidend die Ansichten und forderten nach dem Gehalt des Herzens auf, sich entfaltenden Erneuerungsprozesse sowohl durch Worte als auch durch die täglichen Arbeitsleistungen aktiv zu unterstützen.

Ziel und Inhalt unserer Umgestaltung lassen sich in einer knappen und exakten Formel fassen: Mehr Sozialismus, mehr Demokratie. Die tatsächliche, nicht scheinbare Umgestaltung ist eine Fortbewegung zum gesunden Menschenverstand; ihre politischen und moralischen Stützen sind Demokratie, Offenheit, Verantwortung und Vernunft. Die Umgestaltung befreite die Menschen, sie lenkte den Strom ihrer Gedanken, Emotionen und Initiativen auf den Kampf gegen Konservatismus und Schablone, auf die Suche nach Wegen zur Sanierung unserer Gesellschaft.

Die Umgestaltung diktierte uns den Weg der Demokratisierung, und die Demokratisierung diktierte die Wege und Mittel zur Erreichung der von der Umgestaltung gestellten Ziele. Heute können wir uns das Leben schon nicht mehr ohne die radikale Reform des Wirtschaftsmechanismus vorstellen, die es jedem einzelnen Arbeiter wie auch ganzen Arbeitskollektiven ermöglicht hat, seine neuen Rechte sicher und bewußt wahrzunehmen. Heute stellen wir unser Leben nicht mehr vor ohne die Offenheit, die unser Bewußtsein beflügelt, uns Kraft im Kampf gegen Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Gewalt verleiht, die Tausende und Abertausende Menschen zu schöpferischen Taten auffordert. Stauenswerter und erfreulich sind die konkreten Schritte bei der Reform des politischen Systems; in den Tagen der ersten wirklich freien Wahlen der Deputierten zum obersten Staatsorgan des Landes hat es überzeugend das Potential der Volksmacht und das Bestreben der Menschen zur tatsächlichen Leitung ihres Staates vor Augen geführt.

Die Umgestaltung hat den Menschen die langersehnte Freiheit des Denkens und Handelns gebracht. Doch bei all dem sollte man nicht vergessen, daß wahre Freiheit nicht nur die Entfaltung der realen Rechte, sondern auch die höchste Verantwortung vor sich selbst und vor der Gesellschaft, die größtmögliche Festigung der Disziplin und Organisiertheit bedeutet. Solch eine Freiheit ist mit Anarchie, Egoismus und Gesetzlosigkeit unvereinbar.

Die Umgestaltung hat alle Schichten unserer Gesellschaft in Bewegung gesetzt. Dabei hat sie Aktivität leider nicht nur denjenigen verliehen, die der Umgestaltung zugehen sind. Es sind auch diejenigen aktiv geworden, die im Zuge der Demokratisierung deren Losungen geschickt als Deckmantel anwenden und die Demokratie bewußt durch Schrankenlosigkeit untergraben, indem sie die Disziplin und Rechtsordnung ignorieren und zur Untergrabung der verfassungsmäßigen Gesetzlichkeit führen.

In der neuen, in vielen ungewohnten Situation haben die Parteikomitees, die Sowjets der Volksdeputierten, der Komsomol, die Gewerkschaften, andere Massenorganisationen und die Rechtsschutzorgane ihre Tätigkeit ungerechtfertigt abgeschwächt. Mancherorts haben sie praktisch aufgehört, organisatorische, erzieherische und Rechtsschutzfunktionen auszuüben.

Die Folge dieser ersten Fehlkalkulationen ist die jähre Verschlechterung der kriminogenen Lage. Im Laufe von drei Monaten 1989 ist die Kriminalität um 32 Prozent und die schweren Verbrechen um 41 Prozent angewachsen. Besonders kompliziert ist die Situation in der Stadt Alma-Ata, in den Gebieten Gurljew, Dshambul, Karaganda, Taldy-Kurgan, Uralsk und Zelinograd. Die Rechtsschutzorgane nutzen nicht immer entschieden und konsequent die Kraft der Gesetze im Kampf gegen die gesellschaftswidrigen Erscheinungen. Durch nichts anderes lassen sich Tatsachen erklären, wo viele schwere Verbrechen nicht rechtzeitig unterbunden und die Personen, die diese Verbrechen begangen haben, nicht isoliert werden. Unzureichend werden die Rechtsnormen gegenüber Trinkern, Rauschgiftsucht, Schmarotzern und gegen Personen angewandt, die nicht sanktionierte Flüsse organisieren, Propaganda zur Unterminierung der sozialistischen Gesellschaftsordnung betreiben und nationalen Mader schüren.

Erste Mängel in der Bekämpfung der Kriminalität sind infolge der mangelhaften Arbeit der Staatsanwaltschaft, des Obersten Gerichts, des Innenministeriums und des Justizministeriums der Republik möglich geworden. Gerade sie sind in erster Linie verpflichtet, sich völlige Klarheit über die Ursachen des jetzigen Wachstums der Kriminalität zu verschaffen und effektive Maßnahmen zur Normalisierung der Situation zu ergreifen.

Die Gebiets-, Stadt- und Rayonparteikomitees sind berufen, sich aktiv in die organisatorische Tätigkeit zur Verhütung gesellschaftswidriger Erscheinungen einzuschalten. Es gilt, die Tätigkeit der bei den Parteikomitees früher bestehenden Koordinationsräte sowie der mobilen Gruppen wieder ins Leben zu rufen, die sich bei der Bekämpfung von Verstößen gegen die öffentliche Ordnung, von Trunksucht, Rauschgiftsucht, Schmarotzern, Spekulationen, Amtsmissbrauch und Entwendungen positiv bewährt haben.

Die Gewerkschafts- und die Komsomolkomitees können und müssen auch eine weitgehende Heranziehung der Werktätigen und Studenten zur Teilnahme am Kampf gegen gesellschaftswidrige Erscheinungen gewährleisten. Ihr konkretes Tun kann die Bildung von Arbeitstrupps werden, die von den Mitarbeitern der Milliz angeleitet, entschieden und offensiv Spekulationen und Mißbrauch im Bereich der Verteilung und des Handels mit stark gefragten Waren bekämpfen würden.

In der letzten Zeit laufen in den Partei- und Staatsorganen, sowie in den Massenmedien zahlreiche Briefe und Telegramme mit der Forderung ein, in den Produktionsbereichen Ordnung zu schaffen und Löhne zu erhöhen; falls diese Bedingungen nicht erfüllt werden, so werde das Kollektiv zum Streik greifen. Und man streikt auch. Unsere Zeitung informierte bereits über mehrere solcher außerordentlichen Vorkommnisse; dabei ging sie der Sache auf den Grund, welches Ziel sie verfolgen und welches Resultat dabei erreicht wird. Die meisten Forderungen sind so oder anders mit Verbesserung der Arbeitsbedingungen und mit Lohnerhöhung verbunden. Was die Arbeitsbedingungen betrifft, so ist hier alles klar. Niemand tritt auch gegen Lohnerhöhungen auf. Höhere Löhne muß man aber nicht durch Ultimata erpressen, sondern erarbeiten. Das Bestreben, mehr zu erhalten, ohne seine Arbeitseffektivität auch im mindesten zu steigern, ist amoralisch und bringt die Umgestaltung nur in Mißkredit.

Die Analyse der Streiks zeigt davon, daß die Betriebsleitungen, die Partei- und die Gewerkschaftskomitees die Belange und Hoffnungen der Menschen nur schlecht kennen und sich vor deren Produktionsorgen hinter den dicken Wänden ihrer stillen Büros verstecken. Dieser untaugliche Arbeitsstil führt dazu, daß die Leiter der Kollektive, die auch heute noch aktuelle Worte W. I. Lenins vergessen, daß es notwendig sei, den Demokratisierung der Massen mit eiserner Disziplin im Namen der Arbeit zu vereinen. Wir wollen alle besser leben, doch nicht alle sind vorläufig gewillt, besser zu arbeiten. Gerade deshalb ist es wichtig, daß alle einsehen: Der Sozialismus muß aufgebaut werden, er kommt nicht von selbst zustande.

Unser Land ist auf dem Wege der Schaffung eines Rechtsstaates. Das ist ein schwieriger Prozeß, der sich nicht rasch abwickeln kann. Erst wenn wir uns von Furcht, Gleichgültigkeit und Entfremdung befreit haben, können wir die schweren Folgen beseitigen, die mit den Deformationen des Sozialismus verbunden sind, und das Erbe der noch nicht weit zurückliegenden Stagnationszeit beseitigen. Ein Rechtsstaat kann erst dann errichtet werden, wenn jede unserer Taten und Handlungen auf strikter Rechtsgrundlage beruhen werden. Zur Lebensnorm in einem Rechtsstaat muß die Befolgung der Gesetzlichkeit werden. Das ist auch natürlich: Damit das Land leben kann, muß das Recht leben. Nur Recht und Gesetz können den Schutz der sich in unserem Lande entfaltenden Prozesse der Demokratisierung garantieren.

Zugleich sehen wir, daß nicht selten diejenigen sich der Losungen der Demokratisierung, der Offenheit, der Erweiterung der Rechte und Freiheiten der Menschen bedienen, die sich für Verfechter der Umgestaltung ausgeben. In Wirklichkeit aber deren ausgesprochene Gegner sind, die durch ihre Handlungen die Grundfesten unserer Gesellschaft unterminieren. In Kasachstan wie auch im ganzen Lande sind zahlreiche Eigeninitiativvereinigungen und Klubs entstanden. Ihre Tätigkeit widerspiegelt in der Regel einen weiten Interessenkreis der Werktätigen, der fernenden Jugend, das Bestreben der Menschen zur aktiven Teilnahme an der Erneuerung unseres sozialistischen Hauses. Die „Kasachstanskaja Prawda“ informierte bereits mehrmals über die dank der „Volksinitiative ins Leben gerufenen Wohnungsbaukomplexe der Jugend und die Kooperativen. Zu einer effektiven Kraft bei der wehrpatriotischen Erziehung der heranwachsenden Generation sind

die Initiativvereinigungen der Soldaten-Internationalisten geworden. Immer mehr Anhänger gewinnt die Bewegung für Verbot der Kernwaffenfest „Nevada“, an deren Spitze der namhafte Dichter Oshas Sulejmenow steht. Auf dem „Kontor“ der Informellen sind auch sinnvolle Freizeitgestaltung, Hilfe für alleinstehende und kranke Menschen, für Invaliden und Waisenkinder, Schutz von Geschichts- und Kulturdenkmälern und vieles andere mehr.

Doch mancherorts hat die Abschwächung der Erziehungsarbeit in der Republik und Rechtsordnung zum Aufkommen verschiedener Eigeninitiativvereinigungen parteifeindlichen, nationalistischen, chauvinistischen und anderen rechtswidrigen Charakters geführt. In einer Reihe von Fällen sahen sich Kommunisten und Komsomolzen in solche Vereinigungen einbezogen. Es ist kein Geheimnis, daß die Mitglieder ähnlicher Vereinigungen aktiv für Schranken- und Verantwortunglosigkeit eintreten, zur Aufhebung gegen die Staatsgewalt und zur Nichtbeachtung der Gesetzlichkeit aufrufen. Mancherorts kommt es unter dem Deckmantel der Demokratisierung und Offenheit und der Verteidigung des nationalen Selbstbewußtseins zu offenen Anschlügen auf unsere Gesellschaftsordnung, zu Aufforderungen, die festgelegte Ordnung der Organisation und Durchführung von Versammlungen, Meetings, Straßenumzügen und Demonstrationen zu ignorieren.

In Alma-Ata ist die Gesellschaft „Adilet“ („Gerechtigkeit“) gegründet worden, die ihre Entschlossenheit kundgetan hat, zur Wiederherstellung des guten Rufes derjenigen beizutragen, die während des Personenkults rechtswidrig repressiert worden waren. Es sind gutgemeinte, staatsbürgerliche Bestrebungen, aber auch hier erklangen auf der Organisationsitzung Aufforderungen, die Mitglieder der unruhlich bekannten Komitees „Karabach“ und „Krank“, die massenhafte Ausschreitungen in Aserbaidshan und Armenien organisierten, zu rehabilitieren. Diesen extremistischen Forderungen wurde von den meisten Sitzungsteilnehmern eine einmütige Abfuhr erteilt. Es entsteht aber die berechtigte Frage: Entsprechen etwa den demokratischen Normen die Aufforderungen zur Rehabilitierung derjenigen, die zahlreiche Opfer des zwischenationalen Haders auf ihrem Gewissen haben?

Die Situationen, von denen hier die Rede ist, fordern gegenwärtig exakte Einschätzungen, gut durchdachte Entscheidungen und zugleich kompromißlose Handlungen. Es kann keine Kompromisse geben mit den Mitgliedern von Gruppen, die unter dem Deckmantel demokratischer Slogans bestrebt sind, Menschen auf den Weg der Gesetzlosigkeit und der Anarchie zu verleiten. Die meisten Werktätigen bringen ihre Empörung über das demagogische Gerede solcher Art zum Ausdruck und fordern politischen Schutz für ihre durch die Verfassung verankerten Rechte und Freiheiten, die Gewährleistung der Möglichkeit, in einer normalen Rechtsatmosphäre zu leben und zu arbeiten.

In dieser Hinsicht ist ein wichtiger Schritt unternommen worden. In der Presse sind der Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Vornahme von Veränderungen und Ergänzungen im Gesetz der UdSSR „Über die strafrechtliche Verantwortung für Staatsverbrechen“ sowie einige andere Gesetzgebungsakte der UdSSR“ veröffentlicht worden. Aufgrund des Erlasses sollen diejenigen, deren Handlungen heute auf die Untergrabung der sowjetischen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung gerichtet sind, Verbrechen gegen den Staat sind, die Gleichberechtigung der Nationalitäten und Rassen verletzen, Staatsorgane und gesellschaftliche Organisationen diffamieren oder diskreditieren, zur strengen Verantwortung gezogen werden.

Selbstverständlich wird das Gesetz nicht von selbst funktionieren können. Es tritt erst dann in Kraft, wenn die Menschen dieses Gesetz ins Leben umzusetzen beginnen. Als erste sind es die Partei-, Staats- und Rechtsschutzorgane, die berufen sind, die Verantwortung für die strikte Realisierung der Veränderungen und Ergänzungen in unserer Gesetzgebung zu übernehmen. In gleichem Maße gilt es, jeglichen Kundgebungen der soziefendlichen, antisozialistischen und nationalistischen Kräfte die entscheidende Anwendung der früher verabschiedenen Gesetze gegenüberzustellen.

Die Parteikomitees, die Sowjets der Volksdeputierten, der Komsomol und die Gewerkschaften haben Fülle der kontrolllosen Gründung öffentlicher Eigeninitiativvereinigungen und -gruppen negativen Charakters auszuschließen sowie entschieden die Verbreitung von Aufforderungen und Losungen zu unterbinden, die die sozialistische Gesellschaftsordnung diskreditieren und das Ansehen der Partei und Staatsmacht untergraben. Es gilt, auf beliebige Offenbarungen nationalistischen oder chauvinistischen Charakters sowie auf Fälle des Verstoßes gegen die Gesetzlichkeit seitens der Eigeninitiativvereinigungen prinzipiell zu reagieren und die Unterstützung parteifeindlicher Handlungen durch Kommunisten als mit deren Mitgliedschaft in der KPdSU unvereinbar zu betrachten. Offensichtlich ist auch die Tatsache, daß es notwendig ist, den Werktätigen hohe politische Kultur sowie das Vermögen, unter den Bedingungen der Demokratie zu leben und zu arbeiten, anzuerziehen, die nichts mit Verantwortungs- oder Haltlosigkeit zu tun hat.

Die Notwendigkeit dessen ist mit aller Kraft während der politischen Kampagne für die Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR demonstriert worden. In der komplizierten, widerspruchsvollen Situation hat die politische Linie der Partei auf Umgestaltung und Demokratisierung eine mächtige Unterstützung erfahren. Doch diese Kampagne hat auch gezeigt, daß es unter den Deputiertenkandidaten Menschen gegeben hat, die den Sorgen des Volkes und dem Kampf für die Erneuerung der Gesellschaft fernstehen. Manche von ihnen haben versucht, den in unserem Lande niedergelegenen Prozeß der Demokratisierung zur Erreichung eigennütziger Ziele zu mißbrauchen.

Das in der Presse veröffentlichte Wahlprogramm des Doktors der philosophischen Wissenschaften N. Mukhtanow, Prorektor der Kasachischen Staatsuniversität, war erwohnen und konstruktiv. Doch seine Ansprachen während der Treffen mit den Werktätigen vor den Wahlen trugen einen anderen Charakter — die Skala reichte von gehässigen Angriffen auf seinen Rivalen bis zu unverantwortlichen grundlosen Versuchen, das Ansehen des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans anzuschwächen, in dessen Apparat er bis dahin gearbeitet hatte. Die Versuche Mukhtanows, auf diese Weise zu einem politischen Kapital zu gelangen und die Partei dem Volk gegenüberzustellen, wurden von den Wählern entschieden verurteilt. Die Menschen durchschauten das Wesen seiner demagogischen Erklärungen: Dieser Kandidat erhielt bei den Wahlen nur etwas mehr als 5 Prozent Stimmen...

Die Lehren der Demokratie und Offenheit fallen uns nicht leicht. Der Mangel an politischer Kultur führte während der Wahlkampagne zu Übergriffen, zu beweisloser Kritik und Demagogie auch seitens mancher Massenmedien. Tiefe Empörung nicht nur der breiten Öffentlichkeit, sondern auch der Journalisten selbst lösten die Handlungen von I. Dworkin, des ehemaligen Chefredakteurs des Staatlichen Komitees für Rundfunk und Fernsehen der Kasachischen SSR, aus, der sich in der von ihm vorbereiteten Fernsehsendung einen groben, unbegründeten und gesetzswidrigen Ausfall gegenüber einem Volksdeputiertenkandidaten der UdSSR am Vorabend und am Tag der Wahlen selbst erlaubte.

Die Demokratie sah zu allen Zeiten nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten voraus. In beliebigen Angelegenheiten. Darunter auch in der Angelegenheit der Partei. Heute wird den Kommunisten eine besondere Verantwortung für die Erfüllung der Forderungen des Statuts der KPdSU auferlegt. Gegenwärtig, da die Umgestaltung in eine neue verantwortungsvolle Periode getreten ist und ersten Prüfungen ausgesetzt ist, ist das besonders wichtig. Nur die Konsolidierung aller Kräfte der revolutionären Erneuerung, nur der enge Zusammenschluß der Kommunisten und aller Werktätigen um die schöpferischen Ideen der Partei können helfen, dem Andrang der Umgestaltung feindlich gesinnten Kräften standzuhalten. Ehrlich und selbstlos zu arbeiten, aktiv die Festigung der Völkerverbrüderung zu fördern, beharrlich die demokratische, humane Gestalt des Sozialismus durchzusetzen — solch eine Aufgabe steht heute vor jedem von uns.

Und noch dies: entschieden gegen beliebige Offenbarungen von Willkür und Undiszipliniertheit aufzutreten, die die stabile Situation untergraben, die Ökonomie desorganisieren und den Interessen der sowjetischen Gesellschaft schaden. Nur Disziplin und Ordnung werden die Demokratisierung und Offenheit — die Stützen der Umgestaltung — festigen verhalten. Zur Stoßkraft bei dieser komplizierten und wichtigen Arbeit muß ein jeder von uns werden. Ein jeder.

[„Kasachstanskaja Prawda“ Nr. 88 vom 14. April 1989]

## Losungen des ZK der KPdSU zum 1. Mai 1989

1. Es lebe der 1. Mai — der Tag der internationalen Solidarität der Werktätigen!
2. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
3. Es lebe und entwickle sich die marxistisch-leninistische Lehre — die ideologische Grundlage der revolutionären Erneuerung des Sozialismus!
4. Es lebe die Kommunistische Partei der Sowjetunion — der Initiator und Garant der Umgestaltung!
5. Kommunisten! Setzt die Neuererideen der XIX. Unionspartei-Konferenz in konkrete Taten um!
6. Es leben die Sowjets — die Organe der wahren Volksmacht!
7. Es erstarke und gedeihe unsere große Heimat — die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken!
8. Völker der UdSSR! Bewahrt und entwickelt die Traditionen des sozialistischen Internationalismus und des sowjetischen Patriotismus! erteilt eine entschiedene Abfuhr den Offenbarungen von Nationalismus und Chauvinismus!
9. Es lebe die Arbeiterklasse — die führende Kraft unserer Gesellschaft!
10. Dorfwerkstätige! Realisiert die Beschlüsse des Märzplenums des ZK der KPdSU von 1989! Verbessert auf der Basis der verschiedenen Formen des sozialistischen Eigentums und Arten des Wirtschaftens die Versorgung der Landesbevölkerung mit Lebensmitteln!
11. Sowjetische Wissenschaftler, Kultur- und Kunstschaffende! Steigert das intellektuelle Potential der Umgestaltung! Hütet und mehrt die gelistigen Werte des Sozialismus!
12. Sowjetfrauen! Beteiligt Euch, tagtäglich für das Wohl der Familie sorgend, aktiv an der Arbeit und der gesellschaftlichen Tätigkeit, am Kampf für den Frieden!
13. Komsomolzen, Jungen und Mädchen! Eignet Euch beharrlich Kenntnisse und Fertigkeiten der gesellschaftlichen und Arbeitstätigkeit an! Nehmt aktiv an der Umgestaltung teil!
14. Sowjetische Gewerkschaften! Kämpft für hohe Arbeitsorganisation, für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen! Setzt die soziale Gerechtigkeit durch, schützt die legitimen Rechte der Werktätigen!
15. Herzlichen Gruß den Partei-, Kriegs- und Arbeitsveteranen!
16. Bürger der UdSSR! Entfaltet die gesellschaftliche Aktivität und Initiative bei der Umgestaltung im Interesse des Volkes und der Erneuerung des Sozialismus!
17. Sowjetsoldaten! Festigt die Kampfbereitschaft und Disziplin! Seid aktive Teilnehmer der Umgestaltung in der Armee und Kriegsflotte, sichere Verteidiger der friedlichen Arbeit des Sowjetvolkes!
18. Unseren Maigrüßen den kommunistischen und Arbeiterparteien, allen demokratischen Kräften des Auslands!
19. Es erstarke die Gemeinschaft der Völker der sozialistischen Länder!
20. Solidarischen Gruß den mutigen Kämpfern für die Interessen der Menschen der Arbeit, gegen die Ausbeutung, soziale und nationale Unterdrückung!
21. Völker Europas! Laßt uns auf unserem Kontinent ein gemeinsames Haus der Sicherheit und Zusammenarbeit aufbauen!
22. Völker des Planeten! Kämpft für eine kernwaffenfreie Welt ohne Gewaltanwendung! Laßt uns auf der Grundlage des neuen politischen Denkens unsere Bemühungen für die Lösung der globalen gesamt menschlichen Probleme vereinen!

## Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Einberufung des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR

Gemäß dem Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR vom 1. Dezember 1988 „Über die Ordnung der Inkraftsetzung des Gesetzes der UdSSR „Über Änderungen und Ergänzungen der Verfassung“ (des Grundgesetzes) der UdSSR“ beschließt das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, den Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR am 25. Mai 1989 in Moskau einzuberufen.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR  
M. GORBATSCHOW  
Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR  
T. MENTESCHASCHWILI

Moskau, Kreml, 14. April 1989.

## In der Zentralen Wahlkommission für die Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR

Am 14. April fand in Moskau im Gewerkschaftshaus eine ordentliche Sitzung der Zentralen Wahlkommission für die Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR statt. Es wurden die Wahlergebnisse bei der wiederholten Abstimmung vom 2. und 9. April ausgewertet. Eine Mitteilung darüber machte der Kommissionsvorsitzende W. P. Orlow.

Die Zentrale Wahlkommission prüfte die von den Wahlkreiskommissionen vorgelegten Protokolle und registrierte 46 Volksdeputiertenkandidaten für die wiederholten Wahlen, die auf den 14. Mai 1989 anberaumt worden sind.

An der Sitzung der Kommission beteiligten sich der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR A. I. Lukjanow und der Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR T. N. Menteschschwili.

(TASS)

## Mitteilung der Zentralen Kommission für die Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR über die Ergebnisse bei Neuwahlen der Volksdeputierten der UdSSR am 2. und 9. April 1989

Nach der Prüfung der von den Wahlkreiskommissionen eingereichten Protokolle über die Ergebnisse der Neuwahlen der Volksdeputierten der UdSSR teilte die Zentrale Wahlkommission mit:

Laut Artikel 60 des Gesetzes über die Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR fanden am 2. und 9. April 1989 in 46 territorialen und 30 national-territorialen Wahlkreisen Neuwahlen statt. In die Wahlkreise waren 13 591 170 Personen angetragen, an der Abstimmung beteiligten sich 10 125 999 Wähler oder 74,5 Prozent. Im Ergebnis der Neuwahlen wurden in den besag-

Zentrale Kommission für die Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR

## Lage in Tbilissi normalisiert sich

Die nach den Unruhen vom 9. April über Tbilissi verhängte nächtliche Ausgangssperre ist jetzt auf die Zeit zwischen 00.00 und 5.00 Uhr Ortszeit verkürzt worden. Diese Entscheidung wurde auf Empfehlung des Büros des ZK der KP Georgiens angesichts der fortschreitenden Normalisierung in der Stadt getroffen. Gleichzeitig sollen die Mittel und Kräfte, die zur Sicherung der Ausgangssperre herangezogen worden waren, drastisch verringert werden. Auf der Basis einer Entscheidung der Bürositzung an der E. A. Schewardnadse und G. P. Rasumowski teilnahmen, wurde festgestellt, daß in der Stadt wieder Ruhe einkehrt, auf dem Markt gehandelt wird sowie Lebensmittelgeschäfte und einige Warenhäuser geöffnet haben.

Das Büro würdigte die Rolle des Appells von M. S. Gorbatschow und der Rede E. A. Schewardnadse bei der Normalisierung der Lage und verwies zugleich auf die Notwendigkeit weiterer organisatorischer und Aufklärungsarbeit in den Betriebskollektiven, an den Hoch- und Oberschulen und am Wohnort unter Heranziehung des breiten Aktivs in Partei und Sowjets. Den immer noch umlaufenden provokatorischen Gerüchten und Unterstellungen gelte es eine präzise, wahrheitsgetreue und schnelle Berichterstattung entgegenzusetzen, hieß es auf der Sitzung.

Der Stellvertretende Militärkommandant von Tbilissi J. Kusnezow stellte am 16. April im Georgischen Fernsehen fest, daß in den zurückliegenden 24 Stunden so gut wie keine Störungen in der Arbeit der Betriebe, Institutionen und des öffentlichen Nahverkehrs aufgetreten seien. Die Bevölkerung werde in ausreichenden Mengen mit Lebensmitteln versorgt.

Nach Kusnezows Worten schalten sich Arbeitskollektive und die Öffentlichkeit immer aktiver in den Kampf um die Wiederherstellung der Ordnung in der Stadt ein. Enger werden die Kontakte der Öffentlichkeit zu Rechtspflegeorganen und Armee bei den Bemühungen, das Leben in der Republik wieder in ruhige und normale Bahnen zu lenken.

Die Verwaltung des Militärkommandanten dankte der Bevölkerung der Stadt Tbilissi dafür, daß sie die getroffenen Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage richtig verstanden und aktiv bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung geholfen hat.

(TASS)

Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Über die Ordnung der Gründung und der Tätigkeit gesellschaftlicher Eigeninitiativvereinigungen

Bei der Lösung der Aufgaben der weiteren Entfaltung der Demokratie und der möglichst vollen Realisierung der Selbstverwaltung des Volkes wächst die Rolle solcher Massenorganisationen wie die öffentlichen Eigeninitiativvereinigungen, die die Entwicklung der gesellschaftspolitischen, sozialen und schöpferischen Aktivität der Bürger, die Befriedigung ihrer mannigfaltigen Interessen und geistigen Bedürfnisse, die Realisierung anderer gesellschaftlich nützlicher Tätigkeit zum Ziele haben.

2. Versammlungen der Personen, die sich an der Arbeit der gesellschaftlichen Eigeninitiativvereinigungen beteiligen wollen, werden von den Initiatoren dieser Vereinigungen einberufen. Auf den Versammlungen werden die Bestimmungen (Programme) über die gesellschaftlichen Eigeninitiativvereinigungen bestätigt und deren leitenden Organe gewählt.

3. Die öffentliche Eigeninitiativvereinigung gilt für gegründet und beginnt ihre Tätigkeit vom Tag ihrer Registrierung durch das Exekutivkomitee des obersten Sowjets der Kasachischen SSR.

4. Dem Exekutivkomitee des örtlichen Sowjets der Volksdeputierten werden vorgelegt: Das Protokoll der Versammlung der Personen, die sich an der Tätigkeit einer gesellschaftlichen Eigeninitiativvereinigung beteiligen wollen, unter Angabe ihrer Gesamtzahl und der Zusammensetzung der leitenden Organe; die von der Versammlung bestätigte Bestimmung (das Programm) über die gesellschaftliche Eigeninitiativvereinigung.

5. Die Registrierung der gesellschaftlichen Eigeninitiativvereinigung erfolgt spätestens zwei Monate nach dem Vorliegen der im Artikel 4 dieses Erlasses genannten Materialien dem Exekutivkomitee des örtlichen Sowjets der Volksdeputierten.

6. Das Exekutivkomitee des örtlichen Sowjets der Volksdeputierten, das diese öffentliche Eigeninitiativvereinigung registriert hat, und das Organ, bei dem sie gegründet worden ist, erweisen dieser Vereinigung Unterstützung und die nötige Hilfe.

7. Die Registrierung der gesellschaftlichen Eigeninitiativvereinigung kann verweigert werden, wenn die in der Bestimmung (dem Programm) dargelegten Ziele den Forderungen der Verfassung der UdSSR, der Verfassung der Kasachischen SSR, des vorliegenden Erlasses oder anderer Gesetzgebungsakten der UdSSR und der Kasachischen SSR zuwiderlaufen.

Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Über die Vornahme von Veränderungen und Ergänzungen im Strafgesetzbuch und in der Strafprozeßordnung der Kasachischen SSR

Das Präsidium des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR beschließt: 1. In das Strafgesetzbuch der Kasachischen SSR, bestätigt durch das Gesetz der Kasachischen SSR vom 22. Juli 1959 (Mittellungen des Obersten Sowjets der Regierung der Kasachischen SSR, 1959, Nr. 22 - 23, Artikel 177; 1961, Nr. 37; Mittellungen des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR, 1984, Nr. 24, Artikel 321), folgende Veränderungen und Ergänzungen einzutragen:

1. Die Artikel 56 und 60 sind in folgender Fassung darzulegen: Artikel 56. Aufforderungen zum Sturz oder zur Veränderung der sowjetischen Staats- und gesellschaftlichen Ordnung

2. Das Gesetz ist durch die Artikel 56-1 und 60-1 folgenden Inhalts zu ergänzen: Artikel 56-1. Aufforderungen zum Verüben von Verbrechen gegen den Staat

3. Der zweite Teil des Artikels 7-1 ist nach den Worten „besonders gefährliche Staatsverbrechen“ (Artikel 50-59) durch die Worte „Verletzung der nationalen und Rassegleichberechtigung bei Strafverschärfungsgründen“ zu ergänzen (Artikel 60, zweiter und dritter Teil).

4. Der Artikel 170-1 ist auszuschließen, die Artikel 170-2 und 170-3 sind entsprechend als Artikel 170-1 und 170-2 zu führen.

5. Der Artikel 170-1 ist durch den Artikel 170-1 ersetzt, der folgende Fassung hat: Artikel 170-1. Die Verletzung der nationalen und Rassegleichberechtigung bei Strafverschärfungsgründen

6. Der Artikel 170-1 ist durch den Artikel 170-1 ersetzt, der folgende Fassung hat: Artikel 170-1. Die Verletzung der nationalen und Rassegleichberechtigung bei Strafverschärfungsgründen

Begegnungen mit der Vergangenheit

Mein schönes Mannheim am Karaman

Die bei den Kulaken beschlagnahmten Rinder brachte man in den Viehhöfen der Brüder Ungefer unter, d. h. im Melnhardter Chutor am rechten Karamanufer. Dort wurde eine Milchfarm geschaffen. Als Leiter dieser Farm ernannte man David Bohle. Auf der ersten Kolchosversammlung wählte man einen Kolchosvorsitzenden und einen Kolchosvorstand. Als Vorsitzenden wurde mein Bruder David Worm gewählt, der schon einige Jahre Vorsitzender des Armbauernkomitees war. Zum Kolchosvorstand gehörten außerdem David Bohle, Friedrich Hahn, Johannes Völk, Leonhard Härter, Karl Ungefer.

schönem Sattel und in einer prächtigen gelben Lederjacke (das alles war bei den Kulaken beschlagnahmt) ritt er durchs Dorf, hielt vor jedem Haus, wo Einzelwirte wohnten, fragte leise, warum sie noch nicht im Kolchos seien und warnte sie, daß, wenn sie in drei Tagen nicht Kolchosmitglider werden, so werden sie der „Entkulakisierung“ unterliegen. Man hatte vor Vogel Angst: Die Mannheimer wußten, daß bei ihm Wort und Tat nicht auseinandergehen. Ich war Augenzeuge einer solcher „Unterhaltungen“. Unser Nachbar war die Familie von Ludwig Härter. Sie wohnte in einer Lehnhütte und hatte viele Kinder (ich glaube, es waren acht). Ihre selbstgefertigte Kleidung bestand fast ausschließlich aus Wolle und Schafpelz, nur sonntags und an Festtagen trugen Härters Kleidung aus Textil. Johannes Vogel, auf seinem Roß sitzend, fragte nun Ludwig Härter, warum er nicht Kolchosmitglied sei. Jener antwortete ihm, daß er erst mal sehen wolle, was aus dem Kolchos herauskomme. Wenn es gut werde, trete auch er bei. Vogel erwiderte ihm, daß es dann zu spät sein werde. Nach drei Tagen wurde die Familie von Ludwig Härter entkulakisiert. Und solche „Kulaken“ gab es mehrere.

Wie Mannheim sein Gepräge verlor Damals gab es in unserem Kolchos mehr als 400 Pferde und so manche landwirtschaftliche Geräte. Die Feldarbeiten 1929 begannen organisiert. Es wurden Feldbaubrigadiere und Tabellenernannt, in jeder Brigade gab es auch einen Koch, einen Kochgehilfen und einen Sanitäter, der die erste Hilfe erweisen konnte. Die Sanitäter machten im Winter einige Monate lang ihr Praktikum im Gnadentflurer Krankenhaus, wo man sie anlernte. Manche Holzhäuser und Speicher der Kulaken auf dem Feld wurden umgebaut, wo darin dann die Kolchosbauern während der Feldarbeiten wohnten.

Das „große Ungeheuer“ auf dem Lande Zu dieser Zeit kamen in Mannheim die ersten Traktoren mit den entsprechenden landwirtschaftlichen Geräten auf. Das waren die „Inter“ (gekürzt aus dem Wort „International“) und später die „Charkow“. Aber bereits 1926 bekam Mannheim zwei amerikanische Traktoren „Ford“. Die beiden ersten Traktoristen August Völk und David Worm, die einen kurzfristigen Lehrgang

Dank der Familienvertragsmethode

Für die Einwohner von Dhambul ist es eine Genugtuung, zu beliebiger Tageszeit in den Verkaufsstellen der Stadt Eier, Enten und Truthühner bekommen zu können; dabei weiß es kaum jemand, daß dies alles in der Dshambuler Agrar-Industrie-Firma für Geflügelzucht produziert wird. Der Stammbetrieb befindet sich im Nordteil der Stadt.

„Die Gesteungskosten konnten durch die Einführung neuer technologischer Ausrüstungen ebenfalls verringert werden“, führt der Direktor weiter aus. „Wir werden mit einheimischen wie auch mit ausländischen Ausrüstungen beliefert. Anstelle der alten Käfige für die Haltung der Legehühner haben wir jetzt Käfigbatterien installiert. Dank dieser Neueinführung konnten zwei Arbeiter freigestellt werden, die anderswo Beschäftigung fanden. Zudem wird dank den neuen Ausrüstungen das Mischfutter rationeller genutzt.“



Wovon hängt der Erfolg eines Unternehmens ab? Im Sowchos „Sofjewski“, Gebiet Zelinograd, würde man sagen: Von der sachkundigen Arbeitsorganisation und nicht zuletzt vom Wunsch der Menschen selbst, auf neue Art zu leben und zu arbeiten. Dazu ein Beispiel. Im Januar dieses Jahres übernahm der Viehwärter Raudis Walijew (im Bild) 229 Kälber zur Nachzucht. Dank seinen Produktionserfahrungen und dem Fleiß erzielte der Pächter ständig erfreuliche Gewichtszunahmen pro Tier und Tag.

Eine kalte Kernverschmelzung entdeckt

„Falls sich die Information über die kalte Kernfusion bestätigt und es sich wirklich um einen stabilen Vorgang handelt, dann verspricht diese Entdeckung für die Menschheit ein ökologisch reines und technisch relativ einfaches Verfahren zur Freisetzung der Stoffenergie“, hat der namhafte sowjetische Physiker, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und Vizepräsident des internationalen Verbands für theoretische und angewandte Physik, Akademienmitglied J. Ossipjan in einem Interview erklärt.

Der Wissenschaftler sagte in bezug auf die Pläne der UdSSR-Akademie hinsichtlich dieser sensationellen Entdeckung, daß die Akademie der Wissenschaften der UdSSR jede Richtung und jede Methode in den Arbeiten im Zusammenhang mit der kalten Kernfusion unterstützen werde. Auf die Frage, ob ein spezielles Forschungsprogramm aufgestellt werden soll, antwortete Akademienmitglied Ossipjan: „Wir werden die Forschungen zu beliebigen ernsthaften Bemühungen in Richtung einer Kernfusion bei niedrigen Temperaturen erweitern. Aus diesem Grunde wäre es denn auch etwas verfrüht, irgendein Sonderprogramm aufzustellen.“

1921/1922 war ein eben solches Hungerjahr gewesen. Doch zwei Umstände hatten die Situation erleichtert. Erstens hatten die Bauern damals mehr Vieh gehabt, das geschlachtet werden konnte. Zweitens hatte W. I. Lenin dem Internationalen Roten Kreuz und den kapitalistischen Staaten gestattet, den im Wolgabgebiet hungernden Menschen Hilfe zu erweisen. In Mannheim, wie auch in anderen Dörfern an der Wolga, waren die amerikanischen Küchen eröffnet worden, wo man den kleinen Kindern täglich ein Schüsschen Reisbrei und ein Stück Weißbrot verabreicht hatte. Diese Hilfe war damals von den USA-Deutschen organisiert worden. Aber 1933 hatten nur wenige Menschen eine Kuh, von Kleinvieh schon keine Rede. Im Dorfe krähte schon kein Hahn mehr. Totenstille herrschte ringsum. Nirgends hörte man Lachen, Lieder oder Musik.

Kopfschwindel vor lauter Erfolg Und dennoch blieben viele Bauern wie zuvor Einzelwirte. Da begann der Partorg Johannes Vogel seine „Agitationsarbeit“. Auf einem kräftigen Hengst mit (Fortsetzung, Anfang Nrn. 72, 74)

Johann WORM (Fortsetzung folgt)

(TASS)



# PANORAMA

## Kommunique

### der Tagung des Komitees der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags

Am 11. und 12. April 1989 fand in Berlin eine turnusmäßige Tagung des Komitees der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand statt.

An der Tagung nahmen teil: der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Bulgarien, P. Mladenow, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, P. Varkonyi, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, O. Fischer, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Polen, T. Olechowski, der Minister für Sozialistische Angelegenheiten der Sozialistischen Republik Rumänien, I. Totu, der 1. Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, A. A. Bessmertnyj, und der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, J. Johanas.

Die Minister verwiesen mit Genugtuung auf die Fortschritte bei der Festigung des Friedens und der Abrüstung, die günstige Möglichkeiten für die Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Völkern schaffen. Gleichzeitig konstatierten sie, daß die komplizierte und widersprüchliche Lage in der Welt fortbesteht. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind entschlossen, auch künftig eine Politik zu betreiben, die auf eine grundlegende Gesundung der Lage in Europa und in der Welt gerichtet ist. Sie erwarten, daß auch die anderen Staaten, die dafür notwendige Konstruktivität und Realismus an den Tag legen. Die Teilnehmer der Tagung sprachen sich für die weitere Ausgestaltung des politischen Dialogs zu den Schlüsselfragen der Entwicklung in der Welt aus. Dieser sollte auf einem umfassenden Herangehen an die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit der Charta der UNO beruhen und die ständig wachsende Rolle und Wirksamkeit dieser Weltorganisation berücksichtigen.

Die Teilnehmer der Tagung traten dafür ein, die Anstrengungen zur Fortsetzung des Abrüstungsprozesses zu verstärken. Sie bekräftigten die Position ihrer Staaten, daß es notwendig ist, die Streitkräfte und konventionellen Rüstungen bei gleichzeitiger Reduzierung der Militärhaushalte wesentlich zu verringern. Bei der Erörterung der europä-

päischen Angelegenheiten führten die Teilnehmer der Tagung einen Meinungsaustausch zu den Ergebnissen des Wiener Treffens und stellten fest, daß sein Schlüsseldokument Vereinbarungen enthält, deren Realisierung die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa, das bessere gegenseitige Verständnis und die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Kontinent fördert. Notwendig ist, daß alle Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa die erreichten Vereinbarungen durch einseitige Maßnahmen sowie in den bi- und multilateralen Beziehungen auf der Grundlage einer breiten gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit auf politischem, militärischem, ökonomischem, wissenschaftlich-technischem, ökologischem, kulturellem und humanitärem Gebiet und im Bereich der menschlichen Dimension unter Achtung der Gleichberechtigung, der Unabhängigkeit und Souveränität, der Nichtmischung in die inneren Angelegenheiten und aller anderen Prinzipien und Ziele der Charta der UNO, der Schlußakte von Helsinki und der anderen allgemein anerkannten Normen der internationalen Beziehungen verwirklichen. Sie brachten die Entschlossenheit ihrer Staaten zum Ausdruck, in dieser Richtung zu wirken.

Die Minister begrüßten den Beginn der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte und über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa und unterstützen den festen Willen ihrer Länder, diese Verhandlungen konstruktiv zu führen und kurzfristig konkrete Ergebnisse anzustreben. Dieser Willen wurde überzeugend durch die einseitigen Schritte zur Reduzierung der Streitkräfte, Rüstungen und Militärbudgets der verbündeten Staaten zum Ausdruck gebracht. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags appellieren an die Mitgliedstaaten der NATO, an alle europäischen Staaten, konkrete Schritte zu unternehmen, die zur Verringerung des Niveaus der militärischen Konfrontation in Europa beitragen. Sie rufen sie weiterhin dazu auf, sich jeglicher Handlungen zu enthalten, die das bei der Gesundung der internationalen Lage bereits Erreichte untergraben und die in Wien begonnenen Verhandlungen erschweren könnten.

Gegenwärtig wird die Notwendigkeit immer offensichtlicher, zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO Beziehungen auf wahrhaft nichtkonfrontativer Grundlage herzustellen und die entsprechenden Bedingungen für die gleichzeitige Auflösung beider Bündnisse, angefangen bei ihren militärischen Organisationen, zu schaffen. Die Minister äußerten die Hoffnung, daß diese Erwägungen Verständnis und Unterstützung finden. Die Minister betonten die Bedeutung der exakten Erfüllung des sowjetisch-amerikanischen Vertrages über die Beseitigung der Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite. Sie verwiesen auf die Unzulässigkeit jeglicher Kompensationsmaßnahmen, sei es auch unter dem Vorwand der Modernisierung der taktischen Kernwaffen. Über die taktischen Kernwaffen in Europa wurde eine gesonderte Erklärung angenommen.

Auf der Tagung wurde betont, daß der schnellstmögliche Abschluß eines Vertrages zwischen der UdSSR und den USA über die 50prozentige Reduzierung ihrer strategischen Offensivwaffen bei Einhaltung des ABM-Vertrages in der Form, wie er 1972 unterzeichnet wurde, eine erstrangige Aufgabe bleibt. Das wäre ein großer Beitrag zur Schaffung einer kernwaffenfreien Welt. Zugleich wurde die Notwendigkeit unterstrichen, Anstrengungen zur vollständigen Beseitigung der nuklearen, chemischen und anderen Arten von Massenvernichtungswaffen zu unternehmen.

Die Teilnehmer der Tagung hoben insbesondere hervor, daß die strikte Achtung der entstandenen territorialen und politischen Realitäten, der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten und der allgemein anerkannten Prinzipien und

Normen der zwischenstaatlichen Beziehungen, eine grundlegende Bedingung für eine stabile Friedensordnung in Europa, eine Gewähr für die Entwicklung und Vertiefung des gesamteuropäischen Prozesses ist. Die Verbesserung des politischen Klimas sowie die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit in der heutigen Welt schaffen günstige Voraussetzungen dafür, die ökonomischen Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlichen sozialökonomischen Systemen als wesentlichen Faktor für die Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses auf ausgewogener Grundlage zu aktivieren. Auf der Tagung wurde die Notwendigkeit betont, den Handel und die Kooperation in Produktion, Wissenschaft und Technik zu erweitern, den Zugang zu moderner Technologie zu gewährleisten sowie jedwede Beschränkungen und diskriminierende Hindernisse zu beseitigen.

Im Verlaufe des Meinungsaustausches zu regionalen Konflikten — im Nahen Osten, in Asien, Afrika und Mittelamerika — bekräftigten die Teilnehmer die Entschlossenheit ihrer Staaten, aktiv zu deren politischer Lösung unter Berücksichtigung der legitimen Interessen der Seiten und unter Respektierung des Rechtes eines jeden Volkes, sein Schicksal selbst zu bestimmen, beizutragen.

Die Teilnehmer sprachen sich für ein unabhängiges, nichtparteihaftes, demokratisches Afghanistan, für die Gewährleistung seiner freien Entwicklung auf der Grundlage der Politik der nationalen Aussöhnung ohne jede Einmischung von außen aus. Sie unterstrichen, daß weitere Anstrengungen notwendig sind, um eine Regelung des Afghanistan-Problems herbeizuführen. Die Teilnehmer der Tagung äußerten sich befriedigt über die Fortschritte bei der friedlichen Regelung von Konflikten in einigen Regionen sowie die Anstrengungen der UNO auf diesem Gebiet.

Es wurde ein gesonderter Appell „Für eine Welt ohne Kriege“ angenommen. Auf der Tagung wurde die feste Absicht bekundet, die allseitige Zusammenarbeit zwischen den verbündeten sozialistischen Staaten zu entwickeln und zu vertiefen.

Die Tagung des Komitees der Außenminister verlief in einer Atmosphäre der Freundschaft und des kameradschaftlichen Einvernehmens. Die nächste Tagung findet in Warschau statt.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bringen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um in den begonnenen Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa Fortschritte zu gewährleisten. Positive Ergebnisse in diesen Verhandlungen, die radikale Reduzierung der Streitkräfte und der am meisten destabilisierenden konventionellen Rüstungen, werden zweifellos die gegenseitige Gefahr eines Überraschungsangriffes und großangelegter offensiver Handlungen bedeutend verringern.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gehen davon aus, daß neben der Beseitigung der Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite die etappenweise Verringerung und schließlich Beseitigung der taktischen Kernwaffen in Europa zur Minderung der Kriegsgefahr, zur Festigung des Vertrauens und zur Schaffung einer stabileren Lage auf dem Kontinent beitragen würden. Die Lösung dieser Aufgabe würde tiefgreifende Reduzierungen der strategischen Kernwaffen und in der Perspektive die vollständige und weltweite Beseitigung aller Kernwaffen begünstigen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind der Ansicht, daß der gegenseitige Verzicht der Seiten auf eine Modernisierung der taktischen Kernwaffen zur Schaffung einer günstigen politischen Atmosphäre für solche Verhandlungen und zur Festigung des Vertrauens beitragen würde. Die Seiten würden beispielsweise zum Einsatz von Kernmunition fähige landgestützte taktischen Raketen, Raketen der Luftstreitkräfte und Artilleriesysteme sowie deren nukleare Komponenten weder qualitativ vervollkommen noch in ihrer Anzahl aufstocken. In diesem Zusammenhang haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Bedeutung der Erklärung der Sowjetunion hervor, daß sie ihre taktischen Nuklearraketen nicht modernisiert.

Auch andere mehr- und einseitige Maßnahmen könnten auf der Basis der Gegenseitigkeit dem Ziel der Reduzierung und Beseitigung der taktischen Kernwaffen dienen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstützen die große Gefahr für die Stabilität in Europa, die von der hohen Konzentration taktischer

Kernwaffen besonders in Mitteleuropa, aber auch in der südlichen Flanke der Berührungslinie beider Bündnisse, ausgeht. Sie sind der Auffassung, daß die bedeutende Verringerung der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa, einschließlich des Abzugs von sechs Panzerdivisionen durch die Sowjetunion aus diesem Raum und deren Auflösung, die wesentliche Reduzierung der Bewaffnung und Kampftechnik, darunter taktischer Kernwaffen, sowie die anderen einseitigen Schritte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zur Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen günstige Bedingungen auf dem Kontinent dafür schaffen, die Vorschläge zur Bildung einer Zone verminderter Rüstungen und erhöhten Vertrauens sowie zur Errichtung kernwaffenfreier Zonen in Mittel- und Südosteuropa, auf dem Balkan und in anderen Regionen des Kontinents, aus denen alle nuklearen Mittel abgezogen werden, zu verwirklichen.

Für diese Zonen würde ein Regime geschaffen, das gegenseitige Kontrollen, Vor-Ort-Inspektionen eingeschlossen, sowie entsprechende Garantien der kernwaffenbesitzenden Staaten vorsieht.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind bereit, auch andere mögliche Maßnahmen und Vorschläge zu erörtern, die auf die Reduzierung und Beseitigung der taktischen Kernwaffen in Europa gerichtet sind und die Stabilität auf dem Kontinent auf einem immer niedrigeren Niveau der Militärpotentiale, bei Einhaltung der Prinzipien der Gleichheit und der gleichen Sicherheit und bei Gewährleistung einer wirksamen Kontrolle der erzielten Vereinbarungen stärken.

Einvernehmen könnte von Anfang an auch darüber erzielt werden, die Reduzierung der taktischen Kernwaffen sowie ihre Beseitigung in Etappen vorzunehmen.

In den Verhandlungen sollten Maßnahmen für eine effektive internationale Kontrolle der Reduzierung und Beseitigung der taktischen Kernwaffen sowie ein Komplex von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Hinblick auf diese Mittel und auf militärische Aktivitäten in die sie einbezogen sind, erörtert werden. Geprüft werden könnte ebenfalls die Möglichkeit, eine mit entsprechenden Vollmachten ausgestattete internationale Kontrollkommission zu schaffen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind der Ansicht, daß der gegenseitige Verzicht der Seiten auf eine Modernisierung der taktischen Kernwaffen zur Schaffung einer günstigen politischen Atmosphäre für solche Verhandlungen und zur Festigung des Vertrauens beitragen würde. Die Seiten würden beispielsweise zum Einsatz von Kernmunition fähige landgestützte taktischen Raketen, Raketen der Luftstreitkräfte und Artilleriesysteme sowie deren nukleare Komponenten weder qualitativ vervollkommen noch in ihrer Anzahl aufstocken. In diesem Zusammenhang haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Bedeutung der Erklärung der Sowjetunion hervor, daß sie ihre taktischen Nuklearraketen nicht modernisiert.

Auch andere mehr- und einseitige Maßnahmen könnten auf der Basis der Gegenseitigkeit dem Ziel der Reduzierung und Beseitigung der taktischen Kernwaffen dienen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstützen die große Gefahr für die Stabilität in Europa, die von der hohen Konzentration taktischer

Kernwaffen besonders in Mitteleuropa, aber auch in der südlichen Flanke der Berührungslinie beider Bündnisse, ausgeht. Sie sind der Auffassung, daß die bedeutende Verringerung der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa, einschließlich des Abzugs von sechs Panzerdivisionen durch die Sowjetunion aus diesem Raum und deren Auflösung, die wesentliche Reduzierung der Bewaffnung und Kampftechnik, darunter taktischer Kernwaffen, sowie die anderen einseitigen Schritte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zur Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen günstige Bedingungen auf dem Kontinent dafür schaffen, die Vorschläge zur Bildung einer Zone verminderter Rüstungen und erhöhten Vertrauens sowie zur Errichtung kernwaffenfreier Zonen in Mittel- und Südosteuropa, auf dem Balkan und in anderen Regionen des Kontinents, aus denen alle nuklearen Mittel abgezogen werden, zu verwirklichen.

Für diese Zonen würde ein Regime geschaffen, das gegenseitige Kontrollen, Vor-Ort-Inspektionen eingeschlossen, sowie entsprechende Garantien der kernwaffenbesitzenden Staaten vorsieht.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind bereit, auch andere mögliche Maßnahmen und Vorschläge zu erörtern, die auf die Reduzierung und Beseitigung der taktischen Kernwaffen in Europa gerichtet sind und die Stabilität auf dem Kontinent auf einem immer niedrigeren Niveau der Militärpotentiale, bei Einhaltung der Prinzipien der Gleichheit und der gleichen Sicherheit und bei Gewährleistung einer wirksamen Kontrolle der erzielten Vereinbarungen stärken.

Einvernehmen könnte von Anfang an auch darüber erzielt werden, die Reduzierung der taktischen Kernwaffen sowie ihre Beseitigung in Etappen vorzunehmen.

In den Verhandlungen sollten Maßnahmen für eine effektive internationale Kontrolle der Reduzierung und Beseitigung der taktischen Kernwaffen sowie ein Komplex von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Hinblick auf diese Mittel und auf militärische Aktivitäten in die sie einbezogen sind, erörtert werden. Geprüft werden könnte ebenfalls die Möglichkeit, eine mit entsprechenden Vollmachten ausgestattete internationale Kontrollkommission zu schaffen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind der Ansicht, daß der gegenseitige Verzicht der Seiten auf eine Modernisierung der taktischen Kernwaffen zur Schaffung einer günstigen politischen Atmosphäre für solche Verhandlungen und zur Festigung des Vertrauens beitragen würde. Die Seiten würden beispielsweise zum Einsatz von Kernmunition fähige landgestützte taktischen Raketen, Raketen der Luftstreitkräfte und Artilleriesysteme sowie deren nukleare Komponenten weder qualitativ vervollkommen noch in ihrer Anzahl aufstocken. In diesem Zusammenhang haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Bedeutung der Erklärung der Sowjetunion hervor, daß sie ihre taktischen Nuklearraketen nicht modernisiert.

## NATO für Modernisierung

Im Vorfeld der Mailung des Nordatlantikkpakt auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, die, wie verlautet, eine einheitliche Strategie der Allianz für die 90er Jahre und für das 21. Jahrhundert auszuarbeiten haben, wird in der NATO die Polarisierung der Positionen der Mitgliedsländer zur Modernisierung der atomaren Kurzstreckenwaffen in Westeuropa fortgesetzt.

Der Ministerpräsident Belgiens, Wilfried Martens, erklärte, daß seine Regierung für Verhandlungen über die taktischen Kernwaffen einträte und der Ansicht sei, daß die Entscheidung über die Modernisierung dieser Waffen nicht früher als in den Jahren 1991—1992 getroffen werden solle. Andererseits sprach sich der Verteidigungsminister Italiens, Valerio Zanone, im großen und ganzen für den Ersatz der NATO-Kurzstreckenraketen durch neue Nuklearkraftstoffe. Die Premierministerin Großbritanniens, Margaret Thatcher, bekräftigte vor dem Parlament ihre Treue zur Idee der sofortigen Aufstellung neuer amerikanischer Kernwaffensysteme in Westeuropa, die die jetzigen Lance-Raketen ablösen sollen. Verschärft wird die Polemik innerhalb der NATO um das Problem

der Ausarbeitung einer neuen Strategie des Bündnisses als Antwort auf die neuen Friedensinitiativen der Sowjetunion und der anderen Länder der Organisation des Warschauer Vertrages. Der britische Außenminister Geoffrey Howe warf einigen Bündnispartnern Großbritanniens in der NATO, offensichtlich vor allem der Bundesrepublik Deutschland vor, sie seien bestrebt, mit der UdSSR Abkommen über die Rüstungskontrolle abzuschließen, „ganz gleich, ob sie ihre Sicherheit erhöhen oder nicht.“ Politiker einer Reihe westlicher Länder äußern Besorgnis darüber, daß sich die NATO bisher nicht der neuen Situation in Europa anpassen konnte, die infolge der Friedensoffensive der Sowjetunion entstanden ist. Viele Beobachter weisen darauf hin, daß die Friedensinitiativen der UdSSR die politische Schwäche der NATO vor Augen geführt haben.

Vor kurzem wies eine Gruppe prominenter Politiker und Wissenschaftler der USA in einer Erklärung anläßlich des 40. Jahrestages der NATO darauf hin, daß sehr einflußreiche Kräfte im Bündnis den Umstand, daß die UdSSR stark von der Lösung ihrer innenpolitischen Probleme in Anspruch genommen worden ist, ausnutzen und von den militäri-

schen Hebeln Gebrauch machen wollen, um politische und andere Vorteile zu erlangen. Liegt denn nicht hier die Erklärung für die langsame Reaktion der NATO auf die sich verändernde Situation in der Welt?

Die Presse teilte mit, daß westliche Experten die Ausarbeitung einer „globalen Konzeption“ des Bündnisses abschließen, um sie der NATO-Ratstagung in Brüssel vorzulegen. Die NATO unternimmt einen Versuch, von der Konzeption des kalten Krieges zu der dynamischen Politik einer offenen Welt überzugehen, teilt die italienische Nachrichtenagentur ANSA mit. Einen solchen Übergang könnte man nur begrüßen.

Es ist jedoch verwunderlich, daß die Alliierten zu den praktischen NATO-Maßnahmen zur „Herstellung eines warmen internationalen Klimas“ vor allem die Modernisierung der amerikanischen Kernwaffen und den Verzicht des Nordatlantikkpakt auf Verhandlungen über die restlose Beseitigung der atomaren Kurzstreckenwaffen zählen.

Wladimir BOGATSCHOW

TASS-Kommentator

## Aussiedler werden in Papp-Kabinen und Blech-Container gestopft

Konkurrenzkampf um Wohnungen schürt Vorurteile und Haß

Sie leben in winzigen Kabinen aus Papp oder in ausgedienten Turnhallen, in behelfsmäßigen Blech-Containern, in Wohnwagen, die in Fabrikhallen aufgestellt wurden oder in ausgedienten Bürohäusern. Über 200 000 Aussiedler kamen im letzten Jahr in die Bundesrepublik, dieses Jahr werden bis zu 350 000 erwartet. Wo sollen diese Menschen hin? Wohnungen sind Mangelware, auch ohne diese riesige Gruppe von Neubürgern. „Die Bundesregierung wußte nicht, daß wir in so kurzer Zeit eine derartige Steigerung an Aussiedlern haben“, mußte Wohnungsminister Oscar Schneider kleinlaut einräumen (siehe auch nebenstehenden Bericht).

Viele Bundesbürger, die selbst unter akuter Wohnungsnot leiden, sind sauer auf die Aussiedler. „Für die werden Extra-Wohnungen gebaut und für uns nicht“, schimpfen manche, die in den langen Warteschlangen der Wohnungsämter stehen. „Und wenn die Ämter einlauge wenige Wohnungen zu vergeben haben, sind immer erst die Aussiedler dran“, sehen sich viele im Nachteil.

Wo die Not groß ist, wird der Kampf um eine Wohnung zur Existenzfrage: Ich oder du. Kein Wunder, daß die Stimmung mies ist und als Folge sich Vorurteile und Fremdenhaß breit machen. Der jüngste Wahl-Erfolg der rechts-radikalen „Republikaner“ in Berlin schreckte auch die Bundesregierung auf.

Tatsächlich hat Bonn die Situation völlig falsch eingeschätzt. Selbst wenn man nicht so große Massen erwartet hätte, auch für weniger Aussiedler wurde praktisch nichts geplant und vorbereitet. „Der freie Markt wird's schon richten“, dachte sich so mancher Politiker.

Aber wie soll ein verheerend leergefegter Wohnungsmarkt wie in Köln zum Beispiel, 4 235 Aussiedler, die 1988 kamen, mit Wohnraum versorgen? Oder Bonn, wo 1988 1 572 Aussied-



ler eintrafen? In Düsseldorf waren es zur gleichen Zeit 3 446.

Die Städte müßten behelfsmäßige Quartiere einrichten. Zum Beispiel Bonn: Die Turnhalle einer früheren Hauptschule in Bonn-Oberkassel wurde provisorisch in Kabinen unterteilt. Etwa 2 Meter hohe Pappwände wurden eingezogen. An den Stirnseiten der Halle hängen noch die Basketballkörbe. Auf kleinstem Raum stehen 4 bis 6 eiserne Etagenbetten, ein kleiner Tisch, zwei Hocker, ein Stuhlspind. Privat- oder Intimspäre gibt's hier nicht, jedes Geräusch und jeden Geruch aus der Nachbarkabine kriegt man mit. Das sind keine Notunterkünfte für ein paar Wochen. Einige der Familien aus Polen und der DDR müssen schon seit sechs Monaten hier leben. Sie hoffen auf eine Wohnung von der Stadt.

Daß diese Quartiere eine heimliche Dauerlösung werden, befürchtet der Bonner Mieterverein. „Diese Baracken werden

40 Jahre stehen“, prophezeit der Vorsitzende Bernhard von Grünberg.

**Minister will Sonder-Programm abschaffen**

exp. Bonn — Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) will das umstrittene Sonder-Wohnungsbauprogramm für Aussiedler abschaffen. Stattdessen soll ein einheitliches Förderungsprogramm (1,5 Milliarden Mark, 300 000 Wohnungen pro Jahr) für den sozialen Wohnungsbau eingerichtet werden. Speziell für Aussiedler hat der Bund z. Zt. 750 Millionen Mark bereitgestellt. Laut Schneider seien Aussiedler Deutsche, die keine Vorrechte, aber auch keine Benachteiligungen hätten. Bei der Wohnungssuche müßten die Aussiedler „genauso in der Schlange stehen“ wie einheimische Bürger.

Eingesandt von Alfred KOHNE  
Hückeswagen, BRD

## Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags zu den taktischen Kernwaffen in Europa

I. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bringen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um in den begonnenen Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa Fortschritte zu gewährleisten. Positive Ergebnisse in diesen Verhandlungen, die radikale Reduzierung der Streitkräfte und der am meisten destabilisierenden konventionellen Rüstungen, werden zweifellos die gegenseitige Gefahr eines Überraschungsangriffes und großangelegter offensiver Handlungen bedeutend verringern.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gehen davon aus, daß neben der Beseitigung der Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite die etappenweise Verringerung und schließlich Beseitigung der taktischen Kernwaffen in Europa zur Minderung der Kriegsgefahr, zur Festigung des Vertrauens und zur Schaffung einer stabileren Lage auf dem Kontinent beitragen würden. Die Lösung dieser Aufgabe würde tiefgreifende Reduzierungen der strategischen Kernwaffen und in der Perspektive die vollständige und weltweite Beseitigung aller Kernwaffen begünstigen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind der Ansicht, daß der gegenseitige Verzicht der Seiten auf eine Modernisierung der taktischen Kernwaffen zur Schaffung einer günstigen politischen Atmosphäre für solche Verhandlungen und zur Festigung des Vertrauens beitragen würde. Die Seiten würden beispielsweise zum Einsatz von Kernmunition fähige landgestützte taktischen Raketen, Raketen der Luftstreitkräfte und Artilleriesysteme sowie deren nukleare Komponenten weder qualitativ vervollkommen noch in ihrer Anzahl aufstocken. In diesem Zusammenhang haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Bedeutung der Erklärung der Sowjetunion hervor, daß sie ihre taktischen Nuklearraketen nicht modernisiert.

Auch andere mehr- und einseitige Maßnahmen könnten auf der Basis der Gegenseitigkeit dem Ziel der Reduzierung und Beseitigung der taktischen Kernwaffen dienen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind der Ansicht, daß der gegenseitige Verzicht der Seiten auf eine Modernisierung der taktischen Kernwaffen zur Schaffung einer günstigen politischen Atmosphäre für solche Verhandlungen und zur Festigung des Vertrauens beitragen würde. Die Seiten würden beispielsweise zum Einsatz von Kernmunition fähige landgestützte taktischen Raketen, Raketen der Luftstreitkräfte und Artilleriesysteme sowie deren nukleare Komponenten weder qualitativ vervollkommen noch in ihrer Anzahl aufstocken. In diesem Zusammenhang haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Bedeutung der Erklärung der Sowjetunion hervor, daß sie ihre taktischen Nuklearraketen nicht modernisiert.

Auch andere mehr- und einseitige Maßnahmen könnten auf der Basis der Gegenseitigkeit dem Ziel der Reduzierung und Beseitigung der taktischen Kernwaffen dienen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstützen die große Gefahr für die Stabilität in Europa, die von der hohen Konzentration taktischer

Kernwaffen besonders in Mitteleuropa, aber auch in der südlichen Flanke der Berührungslinie beider Bündnisse, ausgeht. Sie sind der Auffassung, daß die bedeutende Verringerung der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa, einschließlich des Abzugs von sechs Panzerdivisionen durch die Sowjetunion aus diesem Raum und deren Auflösung, die wesentliche Reduzierung der Bewaffnung und Kampftechnik, darunter taktischer Kernwaffen, sowie die anderen einseitigen Schritte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zur Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen günstige Bedingungen auf dem Kontinent dafür schaffen, die Vorschläge zur Bildung einer Zone verminderter Rüstungen und erhöhten Vertrauens sowie zur Errichtung kernwaffenfreier Zonen in Mittel- und Südosteuropa, auf dem Balkan und in anderen Regionen des Kontinents, aus denen alle nuklearen Mittel abgezogen werden, zu verwirklichen.

Für diese Zonen würde ein Regime geschaffen, das gegenseitige Kontrollen, Vor-Ort-Inspektionen eingeschlossen, sowie entsprechende Garantien der kernwaffenbesitzenden Staaten vorsieht.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind bereit, auch andere mögliche Maßnahmen und Vorschläge zu erörtern, die auf die Reduzierung und Beseitigung der taktischen Kernwaffen in Europa gerichtet sind und die Stabilität auf dem Kontinent auf einem immer niedrigeren Niveau der Militärpotentiale, bei Einhaltung der Prinzipien der Gleichheit und der gleichen Sicherheit und bei Gewährleistung einer wirksamen Kontrolle der erzielten Vereinbarungen stärken.

Einvernehmen könnte von Anfang an auch darüber erzielt werden, die Reduzierung der taktischen Kernwaffen sowie ihre Beseitigung in Etappen vorzunehmen.

In den Verhandlungen sollten Maßnahmen für eine effektive internationale Kontrolle der Reduzierung und Beseitigung der taktischen Kernwaffen sowie ein Komplex von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Hinblick auf diese Mittel und auf militärische Aktivitäten in die sie einbezogen sind, erörtert werden. Geprüft werden könnte ebenfalls die Möglichkeit, eine mit entsprechenden Vollmachten ausgestattete internationale Kontrollkommission zu schaffen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind der Ansicht, daß der gegenseitige Verzicht der Seiten auf eine Modernisierung der taktischen Kernwaffen zur Schaffung einer günstigen politischen Atmosphäre für solche Verhandlungen und zur Festigung des Vertrauens beitragen würde. Die Seiten würden beispielsweise zum Einsatz von Kernmunition fähige landgestützte taktischen Raketen, Raketen der Luftstreitkräfte und Artilleriesysteme sowie deren nukleare Komponenten weder qualitativ vervollkommen noch in ihrer Anzahl aufstocken. In diesem Zusammenhang haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Bedeutung der Erklärung der Sowjetunion hervor, daß sie ihre taktischen Nuklearraketen nicht modernisiert.

Auch andere mehr- und einseitige Maßnahmen könnten auf der Basis der Gegenseitigkeit dem Ziel der Reduzierung und Beseitigung der taktischen Kernwaffen dienen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstützen die große Gefahr für die Stabilität in Europa, die von der hohen Konzentration taktischer

Kernwaffen besonders in Mitteleuropa, aber auch in der südlichen Flanke der Berührungslinie beider Bündnisse, ausgeht. Sie sind der Auffassung, daß die bedeutende Verringerung der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa, einschließlich des Abzugs von sechs Panzerdivisionen durch die Sowjetunion aus diesem Raum und deren Auflösung, die wesentliche Reduzierung der Bewaffnung und Kampftechnik, darunter taktischer Kernwaffen, sowie die anderen einseitigen Schritte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zur Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen günstige Bedingungen auf dem Kontinent dafür schaffen, die Vorschläge zur Bildung einer Zone verminderter Rüstungen und erhöhten Vertrauens sowie zur Errichtung kernwaffenfreier Zonen in Mittel- und Südosteuropa, auf dem Balkan und in anderen Regionen des Kontinents, aus denen alle nuklearen Mittel abgezogen werden, zu verwirklichen.

Für diese Zonen würde ein Regime geschaffen, das gegenseitige Kontrollen, Vor-Ort-Inspektionen eingeschlossen, sowie entsprechende Garantien der kernwaffenbesitzenden Staaten vorsieht.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind bereit, auch andere mögliche Maßnahmen und Vorschläge zu erörtern, die auf die Reduzierung und Beseitigung der taktischen Kernwaffen in Europa gerichtet sind und die Stabilität auf dem Kontinent auf einem immer niedrigeren Niveau der Militärpotentiale, bei Einhaltung der Prinzipien der Gleichheit und der gleichen Sicherheit und bei Gewährleistung einer wirksamen Kontrolle der erzielten Vereinbarungen stärken.

Einvernehmen könnte von Anfang an auch darüber erzielt werden, die Reduzierung der taktischen Kernwaffen sowie ihre Beseitigung in Etappen vorzunehmen.

In den Verhandlungen sollten Maßnahmen für eine effektive internationale Kontrolle der Reduzierung und Beseitigung der taktischen Kernwaffen sowie ein Komplex von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Hinblick auf diese Mittel und auf militärische Aktivitäten in die sie einbezogen sind, erörtert werden. Geprüft werden könnte ebenfalls die Möglichkeit, eine mit entsprechenden Vollmachten ausgestattete internationale Kontrollkommission zu schaffen.

## Umweltfreundliche Sprays

Auf der kürzlich in London stattgefundenen internationalen Konferenz zum Schutz der Ozonhöhle gehörte die Deutsche Demokratische Republik zu den 123 teilnehmenden Ländern. Der Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Dr. Hans Reichelt, erläuterte vor dem Forum den Beitrag der DDR für die Erhaltung und den Schutz der Umwelt, insbesondere der Atmosphäre, vor schädigenden Substanzen.

Ende 1988 hatte die DDR ihr Beitrittsdokument zum Montreal-Protokoll 1987 über den Schutz der Ozonschicht beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. Darin verpflichtet sie sich, die Produktion und den Einsatz der für die Ozonschicht schädlichen Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe (FKKW) bis 1993 um 20 Prozent und bis 1998 um die Hälfte gegenüber 1986 zu reduzieren.

Selbst mit 0,5 bis ein Prozent am Weltverbrauch beteiligt, wird in der chemischen Industrie der DDR seit längerer Zeit an der Ablösung von FCKW als Treibmittel bei Sprays gearbeitet. Inzwischen werden bereits mehr als die Hälfte der produzierten Sprays ohne FCKW hergestellt, womit die Zielstellung von 1993 schon fast erreicht ist. Zur Anwendung kommt nun ein Gemisch von Propan und Butan. Im Petrol-Chemischen Kombi-

nat Schwedt, dem größten erdölverarbeitenden Betrieb der DDR, werden seit Beginn der Aerosolproduktion im Jahre 1984 ausschließlich diese umweltfreundlichen Kohlenwasserstoffe eingesetzt. Heute enthalten beispielsweise alle Haushaltsreiniger-Sprays, Gummi- und Lederpflege-Sprays und verschiedene Haarsprays keine FCKW. Bei Deodorantsprays werden Treibgasgemische verwendet, in denen zwei Drittel der chlorhaltigen Treibmittel durch die umweltfreundlichen Deostifte ersetzt sind, Verstärker werden im Handel Deoroller oder Deostifte angeboten, und Pumpventile setzen sich immer mehr durch.

Noch immer schwierig ist dagegen die Substitution im pharmazeutischen Bereich. Hier suchen Produzenten und Anwender gemeinsam nach neuen Lösungen.

Neben diesen ganz praktischen Maßnahmen leistet die DDR seit mehr als drei Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag für die Ozonforschung selbst. Als Regionalzentrum für Europa führt das Meteorologische Hauptobservatorium Potsdam des Meteorologischen Dienstes der DDR im Auftrag der WMO (Weltorganisation für Meteorologie) Messungen der Ozonschicht in unterschiedlichen Höhen durch, wertet sie aus und gibt die Ergebnisse an internationale Datenbanken weiter. (Panorama DDR)

## Neues Verbrechen von Extremisten

Extremisten der unversöhnlichen Opposition haben eine neue Graueltat begangen, die an die blutigen Verbrechen der amerikanischen Soldateska gegen die Zivilbevölkerung Vietnams erinnert.

Nach in Kabul einlaufenden Meldungen entdeckten die Einheiten der Regierungstruppen bei einer großangelegten Operation gegen die bewaffneten Banden, die die Straße Kabul-Jalalabad blockierten und die Konvois mit Nachschub aus Kabul in die belagerte Stadt nicht durchließen, auf der Straße eine Kolonne von ausgetriebenen Lastwagen und Autobussen mit starkem Verwesungsgeruch. Die Wracks waren vermint.

Nach Zeugenaussagen handelt es sich um Transporte mit Zivilisten, die aus der einem massigen Beschuß ausgesetzten belagerten Stadt nach Kabul flohen. Die Kolonne wurde von Truppen afghanischer Extremisten gestoppt, die, von saudischen Militärberatern angeführt, bis zur Straße Jalalabad-Kabul vorstießen. Auf ihren Befehl wurden die Flüchtlinge massakriert. Die Fahrer wurden vor ihren Augen erschossen. Die Leichen ließ man in Verletzung aller moslemischen Kanons auf der Straße liegen. Kleinkinder zog man an den Haaren, schoß ihnen ins Gesicht und warf in den Kabul-Fluß.

Aus unserer Post

Eine gute Tradition

Die Dorfsowjetfunktionäre in Krasnojarsk, Gebiet Kokschtaw, schenken der Vorbereitung der Jugend zum Armeedienst viel Aufmerksamkeit. Die festliche Verabschiedung der Einberufenen ist hier schon zur Tradition geworden. Die Veteranen der Partei und der Arbeit geben den künftigen Soldaten ein gutes Geleit, überreichen ihnen Wertgegenstände, in der örtlichen Mittelschule werden Diskussionen organisiert, Vorträge über die Geschichte der Sowjetarmee gehalten. Es werden Treffen mit Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges veranstaltet. Das hier errichtete Denkmal zu Ehren der im Krieg Gefallenen steht unter der Patenschaft der Schüler. Die Deputierten des Dorfsowjets halten die Verbindung mit den Einberufenen alle Dienstjahre aufrecht. Kein Wunder, daß die Burschen dann wieder in ihren Helmatkolchos zurückkehren.

Iwan GALEZ

Es wird Bestmögliches getan

„Wendet euch doch mal dem Volke zu.“ So hieß der Artikel von Lydia Neumüller auf der Lesertafel vom 8. März 1989. Sie warf der „Freundschaft“ vor, daß die Redaktionsmitarbeiter sich wenig um die Probleme der Sowjetdeutschen kümmern, die ihre Zeitung schon fast nicht lesen können, weil sie ihre Muttersprache nicht mehr beherrschen.

Ich persönlich bin schon 22 Jahre lang aktiver Leser der „Freundschaft“ und kann die Entwicklung der Zeitung mehr oder weniger bewerten. Im Inhalt und in der Ausstattung der „Freundschaft“ hat sich in den letzten Jahren vieles zum Besseren geändert. Es werden auch immer mehr Beiträge über die Probleme der Sowjetdeutschen und die Erhaltung ihrer Muttersprache veröffentlicht. Es gibt vieles über deren Sitten und Bräuche zu lesen. Ich bin also mit Frau Neumüller nicht einverstanden, daß allein die Zeitungsleute daran schuld seien, daß die Kinder ihre Sprache nur schlecht erlernen, daß sie einfach nicht mehr deutsch sprechen können und es oft auch nicht wollen. Es gab Beschlüsse und Anordnungen über eine bessere Gestaltung des Muttersprachunterrichts, jedoch der Stein kommt nur schwach ins Rollen. Das schlimmste ist, daß die Gruppen in den Schulen mit Deutsch als Muttersprache oft nur formell existieren. Nur in den Rechenschaftsberichten steht, daß es damit alles in Ordnung sei. Wo die Sache noch mehr oder weniger zufriedenstellend aussieht, ist es allein den Deutschlehrern selbst zu verdanken. Aber der Muttersprachunterricht allein reicht ja noch nicht aus, damit unsere Kinder ihre Sprache beherrschen. Dazu muß man wenigstens noch in der Familie mit ihnen deutsch sprechen.

Außerdem behauptet Frau Neumüller, daß die „Freundschaft“ eintönig und grau sei, und wenn sie so auch weiter mache, dann bleibe sie in einigen Jahren ohne Leser. Damit kann ich mich nicht einverstanden erklären. In der Zeitung wird jetzt vieles gedruckt, was uns zu Herzen geht. Daß wir durch die „Freundschaft“ offen über alles sprechen können, was uns bewegt, wird bestimmt zur Erweiterung der Demokratie und Umgestaltung in unserem Lande und hoffentlich auch zur Wiederherstellung der sowjetdeutschen Staatlichkeit beitragen.

Hieronymus KELLERMANN

Gebiet Aktjubinsk

Zum Thema Moral

Mitgefühl

oder Mangelnde Teilnahme am Leid des anderen

Unterschiedlich und vielseitig sind die Ansprüche des Menschen. Neben den materiellen, sozialen, geistig-kulturellen Bedürfnissen braucht der Mensch auch einen wahrhaften, einen verständigen Freund. An diese Worte, die ich früher des öfteren von einem meiner älteren Kollegen gehört hatte, mußte ich mich wiederholt erinnern, als ich mich mit der nachstehenden Geschichte bekannt machte. Ich hegte starke Zweifel, ob man überhaupt darüber schreiben soll, wo es doch im Leben auf Schritt und Tritt sehr ähnliche Menschenschicksale gibt, die manchmal auch noch schlimmere Folgen haben. Und unsere Geschichte hat ein gutes Ende, besser gesagt, sie kann gut enden, wenn wir Menschen Vernunft und Verständnis für Freude und Leid eines anderen Menschen zeigen werden.

In der Rayonabteilung der Miliz zeigte man mir ein Dutzend Briefe. „Tag und Nacht wird hier gesoffen. Die sollen doch uns endlich Ruhe geben! Das Haus ist zur Lasterhöhle geworden. Schützt uns Nachbarn!“. Der Brief war anonym. Eigentlich sollte er geradewegs in den Papierkorb wandern, es gibt ja Gott sei Dank Beschlüsse bezüglich der anonymen Schreibseln, doch... Es handelt sich um Menschenschicksale, und wenn es tatsächlich zutrifft, und die Menschen leiden müssen?

„Sie ist eine Süßerin, und er spekuliert darauf und beutet sie in seiner Wirtshaft aus. Für ein Fläschchen Wein meißt sie ihm die Kuh, mistet den Stall aus und wäscht ihm die Wäsche.“ So in

einem anderen, aber auch anonymen Brief.

Ehrlich gesagt, hatte ich mir so einen kräftigen Sechziger vorgestellt, der einen Menschen zynisch aus dem Hause weisen kann, wenn jener etwas „verschuldet“ hat. Eben ein Ausbeuter wie er im Buche steht.

In Wirklichkeit ist er ein mittelgroßer, hagerer, gültiger Rentner, der sich nichts anderes als einen ruhigen Lebensabend wünscht.

Hier möchte ich kurz die Geschichte der zwei Menschen beschreiben, von denen weiter die Rede sein wird.

Johann Rausch lebte mit seiner Frau Maria mehr als 20 Jahre zusammen. Ob sie glücklich waren?

„O ja! Wir lebten gut“, sagte Johann ohne nachzudenken.

Sie hatten tatsächlich gut gelebt. Maria war eine herzensgute Hausfrau und Gattin gewesen. Johann brachte sich nie Sorgen um die häuslichen Angelegenheiten zu machen, hier schaltete und waltete seine Frau. In Eintracht und Wohlstand wuchsen drei Kinder heran. Nichts schien die feste Familie Rausch zu bedrohen. Doch das Unglück bricht gewöhnlich unerwartet ein. Auch diesmal ließ die Regel keine Ausnahme zu.

Nach zwei Jahrzehnten gemeinsamen glücklichen Lebens war Johann als Witwer mit drei Kindern zurückgeblieben. Wer könnte seinen seelischen Zustand von damals beschreiben? Wer vermocht es, sich in die Lage des Mannes zu versetzen? Wohl nicht einmal diejenigen, die in ihrem Leben selbst in einer ähnlichen Situation gewesen sind, denn die Situation schlechthin kann ja wirklich nur ähnlich sein. Ein Schicksal ist die Kopie eines anderen, ein Leben ähnelt nur auf den ersten Blick einem anderen. In Wirklichkeit verläuft jedes nach nur ihm eigenen Regeln, und jedes wird bestimmt vom Charakter des Menschen, seinen Gefühlen, Gedanken, seinem Verhältnis zu den Mitmenschen, seinem Ziel im Leben u. a. mehr.

Und ein Ziel hatte Johann, ein festes Ziel — die Kinder großzuziehen, ihnen eine gute Bildung zu gewähren und sie zu unabhängigen Menschen zu erziehen. Es sei im voraus gesagt, daß er diese seine Aufgabe in Ehren erfüllt hat. Alle drei Kinder haben verschiedene Berufe erlernt, selbständige Familien gegründet und können, dem Vater diesbezüglich nichts nachtragen. In den jetzt schon mehr als 20 Jahren seit dem Ableben ihrer Mutter sind sie nicht nur selbständig in vollem Sinne des Wortes, sondern auch unabhängig vom Vater geworden. Sie wohnen alle drei in der Stadt und fahren nach jedem Besuch des Vaters auf dem Lande mit vollen Reisetaschen nach Hause zurück.

Johann dagegen versorgt nach wie vor die Hauswirtschaft, die zwar kleiner als früher ist, jedoch viel Zeit und noch mehr Kraft in Anspruch nimmt. Denn er hat immerhin bald 60 Jahre auf dem Buckel.

In diese Zeit fällt dann auch seine Bekanntschaft mit Valentina Rogowa, die mit ihrem Erscheinen viel Unruhe und Dutzende schlaflose Nächte in das stille, friedliche Haus brachte.

Valentina wird im diesem Jahr 40. Wie sie zum ersten Mal in Rauschs Haus kam, war der Anlaß zu diesem Besuch war, weiß sie nicht mehr genau. Sie hatte vielleicht ihren älteren Vetter begleitet, der zu jener Zeit mit Rausch zusammen gearbeitet hatte. Eins allerdings konnte sie mit Sicherheit sagen, nämlich daß sie damals schon des öfteren ins Gläschen guckte.

Valja war das zweite Kind in der Familie. An ihre Kindheit erinnert sie sich nur ungerne. In ihr werden sofort unschöne Bilder daran wach, wie sie sich mit ihrer Mutter aus Angst vor dem betrunkenen Vater im Haus versteckten. Mit der Zeit fing auch Mutter an zu trinken. Statt den Saufgelagen den Kampf anzusetzen, trank sie mit. Ihrem Mann zum Trotz! Eine sonderbare Einstellung zur Sache, nicht wahr? Nun tranken sie beide. Die Kinder waren selbstverständlich sich selbst überlassen. Man kann sich nur wundern, daß sie nicht sofort auf die schiefe Bahn geraten waren.

In der Schule kam Valja nur mit Mühe mit und verließ sie deshalb nach der 7. Klasse. Eine Zeitlang arbeitete sie als Postzustellerin. Sie war eine gewissenhafte Briefträgerin und hätte vielleicht vieles erreicht in ihrem Beruf, wenn sie nicht einen Trinker geheiratet hätte. Warum mußte unbedingt ihr ein Trinker über den Weg laufen? Warum kommt das so im Leben? Die Heirat gab ihrem Schicksal einen ganz anderen Lauf. Mit einem Wort, es erging ihr genauso wie ihrer Mutter. Ihr Mann ging letzten Endes am Alkohol zugrunde und danach verließ sie ihre Stelle und ergab sich vollständig dem Alkohol. Dabei hatte sie schon zwei Kinder zu versorgen.

So fügten sich also die Schicksale zweier Menschen, bis zu ihrer Bekanntschaft.

„Anfangs brachte sie immer eine Flasche Wein mit. Dann hat ich ihr das strengstens verboten. Gesellschaft konnte ich ihr nicht leisten, weil ich an Gastritis leide. Überhaupt ist in unserer Fa-

mille nie getrunken worden“, so Johann Rausch.

Freilich dauerte es ein gut Weilchen, bis Valentina es einseh, daß Rausch, der um 20 Jahre älter war und viel mehr Lebenserfahrung besaß, es gut mit ihr meinte. Sie brachte keinen Alkohol mehr mit, kam aber manchmal angeheitert. Einmal hatte sie ihr eigener 18jähriger Sohn verprügelt. Sie habe bei dem Alten nichts zu suchen!

Was war das? Eifersucht? Neid? Eher wohl letzteres, dabei gelber Neid, denn Valentina galt in ihrer früheren Trinkergesellschaft als eine Spielverderberin. Ihre ehemaligen Trinkgenossen nutzten das geschickt aus und hetzten Valentina Verwandte und ihre Kinder gegen Johann Rausch auf. Dabei wurden verschiedene Legenden über die Beziehungen zwischen ihr und Rausch erdacht, die sich schnell im Rayonzentrum herum sprachen.

In der Tat, was verbindet diese zwei Menschen — den Rentner und die noch relativ junge Frau? Vielleicht gerade das Bedürfnis eines älteren, verständigen Freundes? Die Geborgenheit?

Valentina hatte sich darüber nie Gedanken gemacht, auch der Altersunterschied zwischen ihr und Rausch machte ihr nie zu schaffen. Sie kam nicht einmal darauf, ihre Beziehungen mit Johann irgendwie einzuschätzen.

Man sagt, wer sich nicht ins Wasser traut, kann nicht schwimmen lernen. Valentina hatte nun den ersten wichtigen Schritt getan.

In Rauschs Haus fand sie immer eine sichere Zuflucht. Hier wagte es niemand, sie anzugreifen, auch wenn sie eine Woche lang und mehr bei ihm wohnte. Daß Valentina dann dem alten Mann bei der Verrichtung der Hausarbeit behilflich war, ist ja selbstverständlich.

„Darf ich denn das nicht?“ wunderte sich Valentina. „Wem tue ich was Schlechtes?“

„Was ist schon Schlimmes an der ganzen Sache?“ staunte auch Johann. „Sie hilft mir, ich helfe

ihrer Familie. Mal ist es eine Fuhrre Heu, mal eine Gasflasche... Was ist schon dabel?“

Nichts ist dabel? Das ganze Gerede über die „sonderbaren“ Beziehungen zwischen Valentina und Johann Rausch wäre kaum ein ausgebliebenes Ei wert, wenn nicht noch immer die Gefahr bestünde, daß Valentina eines Tages kleingeben und sich wieder zu den lustigen Kumpanen gesellen könnte. Die Gefahr besteht wirklich noch. Es muß wohl nicht einfach sein, so über Nacht zum Nichttrinker zu werden. Die unsichtbaren Fäden zu der „früheren Welt“ sind noch nicht gänzlich zerissen. Sie existieren in Form von unwahrscheinlichen Brüchen, verleumdenden Briefen, von der Art, wie wir sie oben zitiert haben.

Und ich dachte immer wieder an die Gesellschaft für den Kampf gegen Trunksucht. Vielleicht sollte sie in solchen Fällen aktiver handeln und Menschen, die sich entschlossen haben, der Sauferei für immer ein Ende zu machen, unter die Arme greifen, sie moralisch (möglichstweise auch materiell) unterstützen, besonders in der ersten Zeit. Wissen wir doch selbst, wie vorsichtig man sich zu Menschen verhält, die trinken oder früher getrunken haben. Nicht selten wird solchen Leuten in allen Instanzen die Tür geschlossen. Und die Gesellschaft? Vielleicht sollte sie sich gerade in solchen Fällen für den Menschen einsetzen?

Die Namen der handelnden Personen haben wir selbstverständlich geändert, umsoher als Valentina den festen Entschluß gefaßt hat, mit der Vergangenheit endgültig Schluß zu machen.

„Genug!“, sagte sie. „Es kommt mir auch selbst schon alles über. Es ist Zeit, daß ich eine ordentliche Arbeit finde!“

Wie gern möchte man glauben, daß dies auch wirklich geschieht, um so mehr als Valentina eine sichere Stütze in der Person von Johann Rausch gefunden hat.

Joseph SCHWARZ

Gebiet Kustana



Im Rahmen der von den Repräsentanten der UdSSR und der USA unterzeichneten Abkommen traf in Alma-Ata eine amerikanische Delegation aus zehn Schülern ein. Sie wurde von den Schülern der Schule Nr. 105, deren Vertreter kurz vor diesem Ereignis in den USA gewirkt hatten, herzlich empfangen.

Das Ziel dieser Besuche ist edel und klar: Je besser wir einander kennen,

Um einander besser zu kennen

desto mehr werden aus unseren gegenseitigen Beziehungen Mißtrauen und Spannung verschwinden. Bei den Kindern gelingt das natürlich am besten, wenn sie dieselbe Schulbank drücken und mit ihren neuen Bekannten in einer einheitlichen Familie leben. Und das ist keine Phrase, denn die amerika-

nischen Kinder sind, ebenso wie unsere es dort waren, einen Monat lang Mitglieder sowjetischer Familien.

Unsere Bilder: Erik Vincensen interessiert sich buchstäblich für alles; bei einem Treffen mit Schülern der 4. Klasse; Anel Kaschkarbayeva mit ihrem neuen Kameraden Wayn Longwest; in einer Russisch-Stunde.

Fotos: Juri Weidmann

Deutschsprachige Filme im Kino „Arman“

Für alle, die Deutsch beherrschen oder Interesse für sein Erlernen haben:

Das Filmtheater „Arman“ beginnt mit der Vorführung von nicht-synchronisierten Spielfilmen aus der DDR. Auf dem Programm, das mit dem Streifen „Der grausame Vater“ eingeleitet wird (Dienstag, 18. April, 18.30 Uhr), stehen außerdem solche Filme wie „Merkwürdiges Beispiel einer weiblichen Rache“, „Wie die Alten sangen“, „Ein Schritt zu viel“ und andere.

Am 21. April, gleichfalls 18.30 Uhr im „Arman“, wird der Film „Wie die Alten sangen“ mit dem bekannten Schauspieler Erwin Geschonneck in der Titelrolle zu sehen sein.

Am 25. April um 18.30 Uhr wird der Streifen „Merkwürdiges Beispiel einer weiblichen Rache“ mit Annakatrin Bürger und Michael Gwisdek vorgeführt.

Viktor SCHWATZER

Der russische Colonist oder Christian Gottlob Zuges Leben in Rußland

Nebst einer Schilderung der Sitten und Gebräuche der Russen, vornehmlich in den asiatischen Provinzen

Ein Pope betüchert und segnet sie, und legt ihr etwas unter den Kopf, welches, wie glaubwürdige Leute mich versicherten, ein Zeugnis des Geistlichen ist, daß der Verstorbene ein frommes Leben geführt habe, daher des Eingangs in den Himmel würdig sei. Nach dieser Zeremonie kann jeder den Anwesenden, worin jedoch die Verwandten den Vorzug haben, den Verstorbenen noch einmal sehen, küssen und ihm in das Ohr sagen, was er an seine verstorbenen Freunde bestellt haben will. Finden sich keine solchen Aufträge mehr, so wird der Sarg zugedeckt und in die Grube gesenkt, in welche vorher etliche Wasserkannen Quas gegossen werden. Man verteilt unter die Anwesenden eine Art Quarkkuchen, worauf die ganze Versammlung auseinandergeht, und sich nach Belieben und ohne dabei eine gewisse Ordnung zu beobachten wieder nach Hause begibt.

Unter dem gemeinen Volk findet man noch hier und da den Aberglauben, daß diejenigen Russen, welche außerhalb Landes ihren Tod finden, wieder auferstehen und in ihrer Heimat noch eine Weile fortleben. Dieser Glaube ist sonst allgemein gewesen, hat sich aber durch die Erfahrung mehrerer auswärtiger Kriege verloren, indessen wurde mir

noch folgende Anekdote erzählt, welche beweist, daß im siebenjährigen Krieg selbst Leute, die nicht unter die Gemeinen gehörten, sich von demselben noch nicht ganz losgemacht hatten. Ein gefangener russischer Offizier behauptete gegen einen preußischen diese Volksmeinung so fest, daß er endlich eine Wette einging, das Grab eines verstorbenen gemeinen Russen zu öffnen, um sich zu überzeugen, daß er nicht darin wäre. Da sich der Leichnam dennoch fand, rief er ihn erbittert zu: was faulenzest du hier, verdammter Kerl, und warum machst du nicht, daß du nach Hause kommst? ließ ihn auch, zur Strafe seiner Faulheit, herausnehmen und die Botagi (Stockhiebe) geben.

abgelegenen, wenig besuchten Platz stand ein Gebäude, das aus vier leichten Wänden mit einem Dach bestand. Inwendig war ein großes Loch gemacht, in welches man Verunglückte und solche, die auf den Landstraßen tot gefunden wurden, beisetzte. Dies geschah ohne Zeremonie und man bedeckte die Särge nicht mit Erde. Des Jahres einmal wurde dies Gebäude an einem gewissen Tag abgetragen, so daß man in die offene Gruft blicken konnte. Rund herum brannten auf schwarzen Leuchtern Wachskerzen; auf Gefäße mit glühenden Kohlen wurde beständig Weirauch gestreut, um den aus der Gruft emporsteigenden Gestank zu mildern, und hier und da waren große Näfte hingestellt, in welche Mildeidige und Fromme Geld opfereten. Dieses nahmen nachher die Popen zu sich, welche hier auf Pulven Todemessen lasen, die in Rußland allgemein gebräuchlich sind, meines Wissens aber nicht so häufig gelesen werden wie in den katholischen Ländern.

Mischte Nachrichten von dem Leben und Wesen der Russen

Auf den Märkten und in den beträchtlichsten Straßen der Städte findet man Männer oder Frauen, welche eine Art Tee feilhalten, die mit Honig vermischt ist. Dieses Getränk befindet sich in einem großen Gefäß, in welchem, um es warm zu erhalten, eine blecherne, mit Kohlen angefüllte Röhre steckt. Aus hölzernen oder gläsernen Bechern trinkt man es entweder gleich stehend oder setzt sich in eine dabei befindliche Bude von Baumrinde, wo man dann etwas mehr bezahlen muß. Manche lassen sich Milch dazu geben, andere Pfeffer oder vielmehr ein klar (hier im Sinne von fein) geriebenes Kraut, welches die Stelle desselben vertritt, dessen Name mir aber entfallen ist. Mit dem nämlichen Getränk gehen auch Leute die Straßen auf und ab, schreien es aus und bringen es in die Häuser. Diese haben es in einem mäßigen Fäßchen, um welches die Wärme länger zu erhalten, dicke Lappen gewickelt sind. Das Fäßchen hängt an einem um den Leib befestigten Tragbände. In der Hand trägt der Hausierer eine Flasche mit Milch, in der aufgesteckten Schürze hat er Becher und das Pfeffersurrogat.

Auch die schon erwähnten Pirogen werden haustren getragen, und in einem mit Lappen dick umwickelten Topf warm erhalten. Mit einem besonderen Stäbchen langt sie der Verkäufer heraus, legt sie den herbeikommenden Liebhabern auf mitgebrachte Teller, und gießt ihnen auf Verlangen Essig darauf, den er ebenfalls bei sich führt.

(Fortsetzung folgt)

Chefredakteur i. V. Jakob GERNER

Programmorschau des Deutschen Radios Alma-Ata

Heute am Dienstag, den 18. April, bieten wir Ihnen, wer te Hörer zwei Beiträge. Der erste ist ein Kommentar zur Sachlage in der Schweinezucht im Gebiet Zellnograd, vorbereitet von unserem ehrenamtlichen Mitarbeiter Alfred Funk. An diesem Tag wird zu Ihnen außerdem Irma Warkentin, unsere Reporterin in Pawlodar, sprechen. Im Mittelpunkt ihres Funkberichts stehen die Arbeitsbedingungen, unter denen die Filzstiefelmeister und zwar Frauen aus dem Dienstleistungskombinat Katschiry zu arbeiten haben.

Nach wie vor bringen wir einen Überblick über die wichtigsten Publikationen der Zeitung „Freundschaft“ in der laufenden Woche.

Zu einem Konzert schöner deutscher Volkslieder lädt Sie unsere Musikredakteurin Nelly Hermann ein. Wir wünschen Ihnen viel Spaß dabei!

Ein Rundtischgespräch erwartet Sie auf unserer Welle am

Mittwoch beim „Abendtreff“. Daran nehmen die Journalisten aus der „Freundschaft“ Robert Korn, Alexander Diete und Igor Trutanow teil. Sie haben sich an der Konferenz der Sowjetdeutschen in Moskau beteiligt und werden darüber viel Interessantes berichten. Das Hauptthema wird natürlich die Gründung der Gesellschaft „Wiedergeburt“ sein. Zur Wiedergeburt der sowjetdeutschen Kultur wird sicherlich auch die „Festwoche des deutschen Theaters“ beitragen, die in den letzten Märztagen in Kokschtaw stattfand. Darüber, wie sie verlief, wird in der Sendung am Donnerstag die Rede sein.

Die erste Oberschülerolympiade der deutschen Muttersprache fiel zeitlich mit dem eben erwähnten Ereignis zusammen. Die Ausgabe am Freitag leiten wir mit einem Funkbericht unseres Reporters über den Verlauf dieses sprachlichen Wettbewerbs ein.

In einer der Freitagssendun-

gen stellte Jüngst der Dozent am Alma-Ataer Fremdspracheninstitut Serik Issabekow seinen Beitrag „Deutsche Sprachsituation und -politik in Kasachstan“ zur Diskussion. In vielen unterchiedlichen die Einstellung unseres Hörers Friedrich Emig dazu. Wir bieten ihm, die Möglichkeit, seine Überlegungen zu äußern und rechnen auch mit Ihrer regen Beteiligung an der Diskussion zu diesem Problem.

Mit beliebten deutschen Volksliedern und Schlagern im Wunschkonzert am Samstag hoffen wir auch diesmal zur Erhöhung Ihrer Wochenendstimmung beizutragen. Ihre Wünsche oder Meinungen zu Problemen, die in unseren Sendungen angeschnitten wurden, richten Sie bitte an die Adresse: 480013 Alma-Ata, ul. Mira 175 Kasradio, Deutsche Redaktion Rufnummer: 63-43-65.

Saure LIKJOROWA, Redakteurin

(Fortsetzung, Anfang Nrn. 140 - 224, 3-74).

Unsere Anschrift:

KAZACHSKA SSSR, 480044, ALMA-ATA, ul. M. Gorkogo, 50, 4-A ETAGE



Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69; stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Propaganda — 33-38-04; Parteilichtliche Massenarbeit — 33-38-69; Sozialistischer Wettbewerb — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; 33-37-62; Kultur — 33-43-84, 33-33-71; Leserbriefle — 33-48-29, 33-33-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84. Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustana — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zellnograd — 2-04-49.

«ФРИНДШАФТ» ИНДЕКС 65414

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом

М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 Объем 2 печатных листа УГ 01154 Заказ 12027